

I. Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone.

Die politischen Veränderungen und ihre materiellen Folgen, die während des Berichtsjahres in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone eingetreten sind, haben die Arbeit der Delegation weitgehend beeinflusst. Es ist deshalb am Platze, die Geschehnisse, soweit sie für die verschiedenen Tätigkeitsbereiche von Bedeutung waren, kurz darzustellen.

Stand Anfang 1948

Kontrollrat

Anfang 1948 kam der aus den Militärgouverneuren der vier Besatzungszonen Deutschlands bestehende Kontrollrat noch regelmässig zusammen. Seine Entschliessungen wurden in Fachausschüssen vorbereitet und über das Koordinierungskomitee den Militärgouverneuren zur Bestätigung vorgelegt. Die Durchführung der Kontrollratsbeschlüsse wie die gesamte Besatzungstätigkeit erfolgte innerhalb der einzelnen Zonen selbständig, da nach den Abkommen von Jalta und Potsdam jedem Oberbefehlshaber gemäss den Weisungen seiner Regierung für sein Gebiet die oberste Gewalt zusteht. Im Grundsatz bestand noch die 1945 geschaffene einheitliche Verwaltung. Die Unterschiede in der Besatzungspolitik waren freilich immer stärker in Erscheinung getreten und schon seit geraumer Zeit konnten sich die Militärgouverneure im Kontrollrat über einen Beschluss von politischer Tragweite nicht mehr einigen.

Berlin

Berlin bildete eine Art fünfte Zone, in der die aus den vier Kommandanten bestehende alliierte Kommandantur die Funktion des Zonenbefehlshabers ausübte. Auf deutscher Seite übte der aus den Wahlen vom November 1946 hervorgegangene Magistrat zusammen mit der Stadtabgeordnetenversammlung, den Bürgermeistern und Parlamenten der einzelnen Bezirke die Selbstverwaltung aus. Obschon auch in der Kommandantur die entgegengesetzten politischen Auffassungen den Geschäftsgang stark behinderten und der antikommunistische Block, bestehend aus SPD, CDU und LDP, und die SED im Stadtparlament und im Magistrat scharf gegenüberstanden, wurde - gemessen an den Schwierigkeiten - zumeist noch positive Arbeit geleistet. Jedenfalls war im Hauptsächlichsten die Einheitlichkeit der Verwaltung gewährleistet.

Sowjetische Besatzungszone

In der Zone standen einem starken Länderpartikularismus deutsche Zentralämter gegenüber. Sie waren einander gleichgestellt und hatten keine gemeinsame Spitze. Ihre Aufgabe lag, ohne dass ihnen ein in einem veröffentlichten Erlass verankertes Weisungsrecht zukam, in der Planung und Koordinierung. Die Besatzungsmacht hielt über die Militäradministrationen der einzelnen Länder und dadurch, dass ihr bei einem Konflikt zwischen deutschen Stellen auf Länder- und solchen auf Zonenbasis der Entscheid zukam, die Gewalt fest in der Hand und sah sich keinem vereinten Gegengewicht von deutscher Seite gegenüber.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte

Auf Grund von Kompensations- und Lohnverdingungsgeschäften bestand ein reger Güterverkehr zwischen Berlin und der Ostzone, der durch die kurzen Transportstrecken noch begünstigt wurde. In Ausführung interzonaler Handelsabkommen wurden zwischen Ost- und Westdeutschland in bemerkenswertem Umfange Halb- und Fertigfabrikate ausgetauscht. Wenn auch im Interzonenverkehr die "Schwarzgängerei" grosse Ausmasse angenommen hatte, so war doch für alle, die sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigten, die Beschaffung von Interzonenpässen und damit ein legaler Reiseverkehr möglich. Alles war weitgehend zu einer Frage der Zeit und der Beziehungen zu Besatzungsämtern oder deutschen Behörden geworden.

#### Stand Ende 1948

Kontrollrat

Der Kontrollrat trat nicht mehr zusammen. Die Frage, ob er de jure noch bestehe, wird von den westlichen Besatzungsmächten bejaht, sowjetischerseits dagegen offen gelassen. Die vom Kontrollrat erlassenen Gesetze werden in den einzelnen Zonen noch weitgehend angewandt.

Berlin

Berlin wird durch die SMA als zu ihrer Zone gehörend und von den Westalliierten als Viermächte- und damit als Sonderterritorium bezeichnet. Anstelle der Alliierten Kommandantur ist eine solche der drei westlichen Besatzungsmächte für West-Berlin getreten. Die vormals einheitliche Exekutive ist in einen Ost- und einen Westmagistrat gespalten. Jeder beansprucht die Zuständigkeit für das gesamte Gebiet von Gross-Berlin, wenn er sich auch in der Praxis nur in einem Teil durchzusetzen vermag.

## Sowjetische Besatzungszone

Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) bildet für die Zone in allen Fragen wirtschaftlicher Natur die deutsche Zentralbehörde mit regierungsähnlichen Funktionen. Ihre Erlasse haben die Bedeutung von Gesetzen und gehen dem Landesrecht vor. Die Besatzungsmacht beschränkt sich weitgehend auf allgemeine Richtlinien, die Kontrolle und die Genehmigung wichtiger Entscheide. Nur im Gebiet des Innern, der Justiz und der Erziehung, für die von der DWK unabhängige sogenannte Zentralverwaltungen weiterbestehen, hat sie sich ein unmittelbares Mitspracherecht vorbehalten. Seit der Einsetzung der DWK gibt es somit eine Körperschaft, die deutsche Interessen geschlossen zu vertreten in der Lage ist.

## Wirtschaftliche Gesichtspunkte

Anstelle der einheitlichen Reichsmark sind die Ost- und die Westmark getreten. In Berlin bestehen beide nebeneinander. Während die Einfuhr von Westmark in den Ostsektor und die Ostzone unter Strafe verboten ist, gelten in den Westsektoren beide als gesetzliches Zahlungsmittel: die Ostmark für lebensnotwendige Leistungen (Nahrungsmittel, Miete, Fahrgeld sowie Steuern), die Westmark für andere Ausgaben. Der Gross- und Kleinwarenverkehr zwischen West-Berlin einerseits, dem Ostsektor und der Sowjetzone andererseits hat fast ganz aufgehört. An den Sektorengrenzen stehen beidseitig Polizeiposten; von der Ostpolizei werden an den Uebergängen nach West-Berlin sogar einige Stück Briketts oder geringe Mengen Lebensmittel beschlagnahmt; die Westpolizei verhindert die Ausfuhr von Waren, für die keine behördliche Bewilligung vorliegt. Die Abkommen über den Interzonenhandel sind sistiert; die Versorgung West-Berlins und der Abtransport seiner industriellen Erzeugnisse ist nur über die Luftbrücke möglich. Um nach Westdeutschland oder von dort zurück zu gelangen, müssen West-Berliner, da für sie die Papiere zum Passieren der sowjetischen Zonengrenze kaum erhältlich sind, den gleichen Weg benutzen. Dasselbe gilt für Angehörige der westlichen Besatzungsmächte. Der Eisenbahnverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland ist eingestellt. Die Zonengrenze wird nur noch von Autolastzügen und Binnenschiffen passiert, die im Transit durch Deutschland Güter zwischen Staaten des Ostblocks und Westeuropas transportieren.

## Ablauf der Geschehnisse.

Die politische Entwicklung im Berichtsjahr in Berlin und der Sowjetzone geht ursächlich auf die Wandlung der Politik der Westmächte im Jahre 1947 zurück. Der nach dem Scheitern der Londoner Aussenministerkonferenz im Dezember 1947 verkündete Entschluss der Westalliierten, Westdeutschland unabhängig von der Sowjetunion und vom Kontrollrat auf eigene Füße zu stellen, hat zur Isolierung Russlands und damit zum Konflikt um Berlin geführt. Die wichtigsten Ereignisse dieses Kampfes waren folgende:

Am 9. Februar trat die von der britischen und amerikanischen Militärregierung erlassene Charta des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Kraft, womit die deutsche Verwaltung der Bizone umgebildet wurde.

Am 12. Februar erliess Marschall Sokolowskij den Befehl Nr. 32, wonach die deutsche Wirtschaftskommission umgebildet wird und ihr neue Aufgaben zugeteilt und neue Befugnisse eingeräumt werden.

Ende Februar/Anfang März tagten in London Vertreter der drei Westmächte und der Benelux-Staaten zur Besprechung der deutschen Frage. Die Konferenz, gegen welche die Sowjetunion mit Noten vom 13. Februar und 6. März protestierte, wurde am 6. März vertagt.

Am 20. März erklärte Marschall Sokolowskij in der 182. Kontrollratssitzung, dass der Kontrollrat als Organ der obersten Gewalt in Deutschland faktisch nicht mehr bestehe und verliess unvermittelt die Sitzung, nachdem er in einer Erklärung Einspruch gegen die Londoner Besprechungen und das bizonale Statut erhoben hatte. Seither ist der Kontrollrat nicht mehr zusammengetreten; auch die ihm unterstellten Ausschüsse haben ihre Tätigkeit eingestellt.

Am 30. März wurden neue Richtlinien über die Regelung des Interzonenverkehrs bekanntgegeben, wonach die sowjetischen Behörden ab 1. April eine Kontrolle des Personen- und Güterverkehrs zwischen Berlin und den Westzonen beanspruchen. Da diese Kontrolle

von den Westalliierten als untragbar empfunden wurde, stellten sie den Verkehr ihrer Militärzüge am 1. April ein.

- Am 6. Mai wurde der Eisenbahngüterverkehr von Berlin nach dem Westen unterbunden.
- Am 26. Mai wurde die Deutsche Emissions- und Girobank mit Sitz in Potsdam gegründet.
- Am 1. Juni endete die Sechsmächtekonferenz in London, die am 20. April ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hatte, mit einer Empfehlung an die Regierungen der beteiligten Staaten. Empfohlen wurde insbesondere, Westdeutschland anfangs 1949 weitgehende Selbstverwaltung einzuräumen, bis 1. September eine verfassungsgebende Versammlung zu bilden und unverzüglich einen Entscheid über die Währungsreform zu treffen. Die Empfehlungen wurden am 9. Juni von den Regierungen der Westmächte und am 13. Juni von denjenigen der Benelux-Staaten genehmigt.
- Am 15. Juni wurde die Elbebrücke auf der Autobahn Berlin - Helmstedt gesperrt.
- Am 16. Juni fand die letzte Sitzung der alliierten Kommandanten in Berlin statt.
- Am 18. Juni wurde die Währungsreform in den Westzonen verkündet.
- Am 23. Juni wurde ein Befehl der SMA über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone und Gross-Berlin erlassen.
- Am 24. Juni wurde nach erfolglosen Viermächtebesprechungen über die Berliner Währung die Einführung der Westmark in den westlichen Sektoren Berlins verkündet.
- Am 24. Juni wurde russischerseits der gesamte Personen- und Güterverkehr zwischen Berlin und den Westzonen gesperrt.
- Am 25. Juni wurde die Lieferung von Elektrizität und Braunkohle aus der Ostzone sowie die Frischmilchzufuhr nach den Westsektoren

gesperrt. Umgekehrt wurde ein Ausfuhrverbot für Medikamente aus den Westsektoren erlassen.

- Am 26. Juni begann der Einflug von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern für die Bevölkerung nach Berlin.
- Am 1. Juli erklärte der sowjetische Vertreter an der Sitzung der Stabchefs der Alliierten Kommandantur, dass die sowjetischen Vertreter an den Sitzungen der Alliierten Kommandantur und ihrer Ausschüsse nicht mehr teilnehmen werden.
- Am 5. Juli veröffentlichte der Landesverband der SED von Gross-Berlin einen Wirtschaftsplan für Berlin, der auf den Wirtschaftsplan der sowjetischen Zone abgestimmt ist. Damit ist die Entwicklung vorgezeichnet, die auf eine wirtschaftliche Eingliederung der Stadt in die Ostzone abzielt.
- Am 6. Juli protestierten die Westmächte in Moskau gegen die Blockade Berlins, nachdem die Interventionen der Militärregierungen erfolglos verlaufen waren.
- Am 14. Juli erklärte sich die Sowjetunion zu Viermächtebesprechungen über die deutsche Frage bereit, ohne aber dafür irgendwelche Bedingungen zu akzeptieren.
- Am 14. Juli erklärte sich die SMA bereit, die Versorgung für ganz Berlin zu übernehmen.
- Am 26. Juli wurde Polizeipräsident Markgraf vom Magistrat suspendiert, was die Zweiteilung der Berliner Polizei zur Folge hatte.
- Am 30. Juli überreichten die Vertreter der Westmächte in Moskau ein Memorandum und ersuchten um ein Zusammentreffen mit Stalin und Molotow.
- Am 30. Juli wurden in den Westsektoren private Wechselstuben zugelassen und am Tage darauf von sowjetischer Seite die Konten der Berliner Westfirmen gesperrt.
- Am 12. August spaltete sich das Ernährungsamt des Magistrats. Damit endete die seit 1945 in Kraft gewesene Regelung, wonach die vier Besatzungsmächte

die für die Ernährung der Stadt notwendigen Lebensmittel nach einem bestimmten Schlüssel zu liefern hatten und diese gleichmässig an die Bevölkerung abgegeben wurden.

Am 27. August wurde als Ergebnis der Moskauer Besprechungen eine Direktive zur Beilegung der Berliner Krise ausgearbeitet. Gestützt darauf führten die Militärgouverneure vom 31. August bis 8. September in Berlin Verhandlungen, die aber an der Frage der Viermächtekontrolle der Berliner Währung scheiterten. Der darauf folgende Notenwechsel war ebenfalls ergebnislos.

Am 7. September wurde das im sowjetischen Sektor gelegene Stadthaus durch Demonstranten erstürmt.

Am 10. September fand auf dem Platz der Republik eine grosse Massenkundgebung statt, an der Vertreter der demokratischen Parteien sprachen. Nach der Kundgebung kam es zu einem Zwischenfall am Brandenburger Tor. Die russische Fahne wurde von einem Demonstranten heruntergeholt.

Am 23. September erliess die Deutsche Wirtschaftskommission eine Bestimmung, wonach der Geschäftsverkehr zwischen Berlin und der sowjetischen Besatzungszone nur über die "Handelsgesellschaft Gross-Berlin" getätigt werden darf.

Am 27. September tagte die Stadtverordnetenversammlung im britischen Sektor und beschloss, die Sitzungen inskünftig in dem in diesem Sektor gelegenen Studentenhaus abzuhalten. Seither nehmen die SED-Abgeordneten an den Sitzungen des Parlaments nicht mehr teil.

Am 29. September richteten die Westmächte eine gemeinsame Note an das Generalsekretariat der Vereinten Nationen mit dem Ersuchen um Behandlung der Berliner Frage durch den Sicherheitsrat. Die Verhandlungen im Sicherheitsrat wie auch die Vermittlungsvorschläge der neutralen Mitglieder führten zu keinem Ergebnis.

Am 13. Oktober verlegte der Magistrat seine Sitzungen aus dem sowjetischen in den britischen Sektor. Die Vertreter der SED nehmen nicht mehr teil.

Am 15. Oktober und an den darauf folgenden Tagen wurde die sowjetische Kontrolle an der Sektorengrenze verstärkt und anfangs November wurden für den Warenverkehr nach den Westsektoren Freigabescheine verlangt.

Am 30. November erfolgte die Wahl eines Ostmagistrats durch eine improvisiert einberufene Versammlung. Er wurde am 1. Dezember von der Deutschen Wirtschaftskommission und am 2. Dezember von der sowjetischen Kommandantur als rechtmässiger Magistrat anerkannt.

Am 5. Dezember fanden die Wahlen in West-Berlin statt, an denen 86% der Stimmberechtigten teilnahmen. Die Sozialistische Partei erhielt 64%, die Christlichdemokratische Union 19% und die Liberaldemokratische Partei 16% der abgegebenen Stimmen.

Am 16. Dezember sprengten die Franzosen die Funktürme in Tegel mit der Begründung der Gefährdung der Flugsicherheit, worauf sowjetische Truppen am 21. Dezember das ausserhalb des Stadtkreises gelegene Berliner Gebiet von Stolpe besetzten, das den Franzosen zum Bau eines Flugplatzes zur Verfügung gestellt worden war.

Am 22. Dezember nimmt die Westkommandantur ihre Tätigkeit auf.

#### Auswirkung der Geschehnisse auf die Arbeit der Delegation.

Die im Berichtsjahr eingetretenen Veränderungen haben die Arbeit der Delegation wesentlich beeinflusst. Die Lahmlegung des Kontrollrates durch die Russen und die Spaltung der alliierten und deutschen Verwaltung Berlins nötigten in jeder Beziehung zu Vorsicht und Zurückhaltung, da sich die Delegation angesichts ihrer schmalen Rechtsgrundlage nicht der Gefahr einer politischen Stellungnahme aussetzen durfte. Die Währungsreform und die Doppelwährung brachten für die Beschaffung der Betriebsmittel, für die Auszahlung von Unterstützungen, für die Gehaltszahlungen an das auf dem Platze angestellte Personal, für die Instandsetzung und -haltung des Delegationsgebäudes und für den Lebensunterhalt der Delegationsmitglieder neue Komplikationen. Von der Einstellung des Eisenbahnverkehrs wurde vor allem die Heimschaffung von Landsleuten und des Rückwanderergutes, der Nachschub der Lebensmittel für die von der Delegation betreuten Landsleute und der Abtransport von Handelsgütern betroffen. Die Warenblockade und Gegenblockade hat die Heranschaffung der für die Schweizer bestimmten Versorgungsgüter aus der Schweiz und ihre Verteilung in Berlin und der Ostzone merklich beeinträchtigt. Die mit der Einsetzung der DWK verbundene Uebertragung wesentlicher Kompetenzen an deutsche Stellen berührte namentlich den Personenschutz, die Wahrung der schweizerischen Vermögensinteressen und die Handelsangelegenheiten. Das Nähere kommt bei den einzelnen Sachgebieten zur Darstellung.